



RUSSISCHE AUSSENPOLITIK

■ ANALYSE

Russlands Stellung in einer sich wandelnden Welt. Hans-Henning Schröder, Bremen 2

■ UMFRAGE

Russische Sicht auf die Welt in den Umfragen des Lewada-Zentrums 5

Der G8-Gipfel in St. Petersburg: Themen und Umgang mit Kritik 8

Die USA, der Antiterrorkampf und die Libanonkrise
in den Augen der russischen Öffentlichkeit 10

■ DOKUMENTATION

Politische Einstellungen der Russen im internationalen Vergleich.
Eine amerikanische Umfrage 14

■ CHRONIK

Vom 7. bis 14. September 2006 25



Analyse

Russlands Stellung in einer sich wandelnden Welt

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Seit einiger Zeit demonstriert die russische Außenpolitik ein neues Selbstbewusstsein, das im Westen mit Besorgnis wahrgenommen wird. Erinnerungen an „die andere Supermacht“ UdSSR kommen auf. Tatsächlich ist Russland nach wie vor wirtschaftlich schwach. Grunddilemma seiner Außenpolitik: Russland ist der Anspruch, Weltpolitik zu machen, angesichts fehlender wirtschaftlicher, militärischer und politischer Ressourcen, dies erfolgreich zu tun. Die russische Führung erkennt jedoch eine Verschiebung in den internationalen Kräfteverhältnissen, die mit einer Schwächung der USA einhergeht, und Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt, die die Rolle der Lieferländer stärkt. Dies sieht die Putin-Administration als Chance, Russland international neu zu positionieren.

Großmachtbilder

In deutschen Medien erscheint Russland neuerdings als wiedererstandene Großmacht, als eine Art wiedergeborene Sowjetunion. „Russlands Rückkehr“ titelte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ im Juli und die Zeitschrift „Internationale Politik“ überschrieb die Nummer, die sie anlässlich des G8-Gipfels in St. Petersburg herausbrachte, „Russlands Renaissance“. Diese Medienwahrnehmungen sind gewiss zunächst Reflexe der Inszenierung, mit der die Putin-Administration die russische G8-Präsidentschaft zelebrierte. Die Vorstellung, Russland sei eine Großmacht, speist sich aber auch aus dem Staunen über den barschen Umgang, den die russische Führung seit einiger Zeit mit ihren Nachbarn pflegt. Sowohl die Ukraine, der kurzzeitig die Gaszufuhr abgeschnitten wurde, als auch Georgien und Moldawa, deren Weine aus „Hygienegründen“ nicht nach Russland importiert werden durften, erfuhren die harte Hand russischer Politik. Der Lieferstopp für Erdgas irritierte auch die europäische Öffentlichkeit, der schmerzhaft bewusst wurde, in welchem hohem Grade der eigene Energiebedarf durch Importe aus Russland gedeckt wurde. Westlichen Irritationen steht wiederum ein gewachsenes Selbstbewusstsein auf russischer Seite gegenüber, die den Anspruch erhebt, international eine größere Rolle zu spielen. Es scheint fast so, dass manch ein Politiker in Erinnerungen an die alten Zeiten der „Supermacht Sowjetunion“ schwelgt und sich schwer tut, die Realitäten von heute wahrzunehmen.

Risiken und Ressourcen

In der Tat ist Russland heute wirtschaftlich nicht gerade ein Riese. Was die ökonomische Leistungskraft angeht, rangiert es in einer Klasse mit Staaten wie Mexiko, Brasilien, Schweiz, den Niederlanden oder Belgien. Das Bruttoinlandsprodukt Russlands

macht etwa ein Fünftel des deutschen aus. Fragt man nach der Pro-Kopf-Leistung der Wirtschaft, dann findet man Russland in der Nachbarschaft von Südafrika, Rumänien, Argentinien, Brasilien und Jamaika. Pro Kopf erreicht Russland gerade 11% der deutschen Wirtschaftsleistung. Diese Ziffern beschreiben gewiss nicht das ökonomische Fundament einer Großmacht.

Auf der anderen Seite verfügt Russland über umfangreiche Energiereserven, mit denen es den eigenen Bedarf decken und darüber hinaus in einer Phase hoher Energiepreise noch erhebliche Exportgewinne erzielen kann. Der russische Staat hat sich auf diese Weise finanziell saniert – soweit, dass er vorfristig seine Auslandsschulden begleichen kann. In einer Phase wachsender Nachfrage, wenn große Volkswirtschaften wie China und Indien auf lange Sicht verstärkt Energie importieren müssen, werden Erdöl und Erdgas zu einer Ressource, die auch politisch genutzt werden kann. Neben dem Sitz im UN-Sicherheitsrat und dem Besitz eines Arsenalns nuklearer Massenvernichtungswaffen ist die Verfügung über Energie einer der Faktoren, der den russischen Anspruch auf Mitsprache in der internationalen Politik stützt.

Dennoch ist Russlands internationale Position nicht wirklich stark. Wirtschaftlich und technologisch hat das Land gegenwärtig wenig zu bieten. Militärisch verfügt Russland nur im nuklearen Bereich über Potentiale von strategischer Bedeutung. Die konventionellen Streitkräfte sind schlecht bezahlt, schlecht ausgerüstet und nur zum Teil einsatzfähig. Die Führung strebt die Fähigkeit an, in mehreren Regionen gleichzeitig einen lokalen Konflikt erfolgreich führen zu können. Dazu bedarf es moderner Waffen- und Kommunikationssysteme sowie qualifizierten, motivierten Personals. An diesem allen jedoch fehlt es bisher und die lange ausstehenden Reformmaßnahmen kommen nur langsam in Gang.

Das nuklearstrategische Potential verleiht Russland zwar politisch einen Sonderstatus, doch ist es in lokalen Konflikten und „asymmetrischen“ Kriegen nicht einsetzbar.

Auch politisch sind die Ressourcen begrenzt. Der Sitz im UN-Sicherheitsrat gibt Russland ein gewisses internationales Gewicht. Allerdings haben die Fälle Kosovo und Irak gezeigt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten über die UN begrenzt sind. Negativ schlägt darüber hinaus zu Buche, dass Russland seit 1989/91 im Grund allein steht und keinem der großen Wirtschafts- und Militärbündnisse angehört. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten hat sich nicht zu einem effizienten ökonomischen und politischen Verbund entwickelt.

Aufgrund seiner gewaltigen Fläche und seiner Lage zwischen Europa und Asien ist russische Politik aber mit großen Herausforderungen konfrontiert. Mit den Nachbarn Europäische Union und NATO im Westen und Japan, Südkorea und China im Osten steht Russland zwischen zwei Regionen, die ökonomisch, technologisch und demographisch überlegene Potentiale besitzen. Im Süden hat Russland mit den Staaten Zentralasiens und des Kaukasus zu tun, mit dem Iran, der Türkei. Krisen in der Nah- und Mittelostregion wirken sich unmittelbar auf Russlands Grenzen aus.

Aus den geopolitischen Herausforderungen und den Ansprüchen der russischen Eliten einerseits und der politischen und wirtschaftlichen Schwäche andererseits ergibt sich das Grunddilemma russischer Außenpolitik: Russland ist dazu verurteilt, Weltpolitik zu machen, es fehlen ihm jedoch die Ressourcen, dies erfolgreich zu tun.

Irrungen, Wirrungen

Der russischen Außenpolitik bleiben in dieser Situation nur wenige Optionen. Sie kann sich mit einem politisch relevanten Partner verbinden, in der Hoffnung, dass dieser russische Vorleistungen politisch honoriert. Andererseits kann Russland auch ein gewisses Störpotential mobilisieren und versuchen, einem Widersacher – z.B. den USA – in internationalen Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat entgegenzuwirken, um sie auf diese Weise zu Verhandlungen zu zwingen. Beides ist in den neunziger Jahren versucht worden, wenn auch ohne sichtbaren Effekt. Außenminister Andrej Kosyrew hat in den frühen neunziger Jahren versucht, das Reformland Russland als gleichberechtigten Partner westlicher Staaten zu etablieren. Diese Politik war ebenso wenig von Erfolg gekrönt wie die Versuche von Kosyrews Nachfolger Jewgenij Primakow, die übermächtige Stellung der USA durch

Propagierung der Idee von einer multipolaren Welt in Frage zu stellen.

Die Putin-Administration nahm 2001 die Gelegenheit wahr, abermals auf den Westen, speziell die USA, zuzugehen. Gegen den Widerspruch der eigenen sicherheitspolitischen Eliten öffnete der russische Präsident US- und NATO-Truppen den Weg nach Zentralasien. Doch die Wende nach Westen und die Öffnung gegenüber den USA wurden nicht honoriert. Ohne Rücksicht auf russische Bedenken kündigte der US-Präsident den ABM-Vertrag. Die USA begannen in Zentralasien und in Georgien eine aktive Rolle zu spielen und unterhielten enge Verbindungen zu den baltischen Republiken. Das beunruhigte die russischen Eliten in wachsendem Maße.

Putins außenpolitische Vorleistungen führten nicht zur Entstehung einer wirklichen Allianz gegen den Terror, in der Russland eine angemessene Rolle hätte übernehmen können. Die Putin-Administration nahm diese Lehre an und entwickelte alternative Strategien. So baute sie die Zusammenarbeit mit China und den Staaten Zentralasiens in der Shanghai Organisation zu einer außenpolitischen Alternative aus. Der amerikanische Angriff auf den Irak, der u.a. in Deutschland und Frankreich auf Kritik stieß, bot der russischen Führung dann die Möglichkeiten, ihre Kontakte mit Berlin und Paris zu vertiefen – ein Schritt, der zwar keinen unmittelbaren Vorteil brachte, die russische Isolation aber wenigstens symbolisch überwand.

Eine deutliche Schwächung erlitt Russlands Position aber bald darauf durch politische Umbrüche in der GUS. Die von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Regierungswechsel in Georgien und in der Ukraine, der Sturz des kirgisischen Präsidenten und die Unruhen in Usbekistan stellten Russlands Rolle in einer Region in Frage, die von der Moskauer Politik als eigener „Hinterhof“ empfunden wurde. In dem Maße, in dem die Europäische Union in der Ukraine an Einfluss gewann, schienen sich russische Befürchtungen unmittelbar zu bewahrheiten. Der Ton zwischen Russland und den EU-Staaten verschärfte sich, die Putinsche Führung wandte sich offen gegen die Wahlbeobachtung der OSZE und europäische Demokratieförderung in Belarus und der Ukraine. In Europa wiederum nahm man die innere Entwicklung Russlands äußerst kritisch zur Kenntnis. Das Erstarken autoritärer Elemente im System Putin wurde als Hindernis für den Ausbau enger Beziehungen verstanden. Das russische Demokratiedefizit wurde zum außenpolitischen Handikap.

Insgesamt hatte Russland in den Jahren 2003 und 2004 außenpolitisch erheblich an Boden verloren.

Teile der als engere Interessensphäre betrachteten Nachbarregionen waren der russischen Kontrolle entglitten, die Beziehungen zu den USA und zu den europäischen Staaten hatten sich angesichts westlichen Unbehagens mit der inneren Entwicklung Russlands gegenüber den Vorjahren deutlich verschlechtert.

Neue Töne in einer gewandelten Welt

Nach Jahren außenpolitischer Misserfolge scheint sich nun eine Wende anzubahnen. Die russische Führung fordert offensiv eine Rolle in der internationalen Politik ein. Mit Genugtuung erklärte Präsident Putin auf der Botschafterkonferenz des Außenministeriums im Juni 2006, Russland habe sein inneres Potential wie seine internationale Position in letzter Zeit wesentlich gestärkt und spiele eine Rolle in der Welt. Und er forderte, das Land müsse auch eine seinen Möglichkeiten und seiner Lage angemessene Verantwortung für die globale Entwicklung tragen. Und Sergej Lawrow, der russische Außenminister, erklärte, die russische Diplomatie müsse die intellektuelle Führung bei der Regelung schwieriger internationaler Probleme übernehmen.

Das neue Selbstbewusstsein speist sich aus mehreren Faktoren. Zum einen spielt die Überzeugung eine Rolle, dass sich die Lage in Russland gefestigt hat, und die Volkswirtschaft auf stabilem Wachstumskurs ist. Zugleich gestaltete sich die politische Situation im GUS-Raum positiver für Russland. Die Verfügung über die Energieressourcen, gibt der russischen Führung einen starken Hebel in die Hand, der sich auch politisch einsetzen lässt. Interethnische Konflikte in Georgien und Moldawa bieten der russischen Seite Handhabe, auf die Regierungen dieser beiden Staaten Druck auszuüben. Und die Krise der orangenen Regierung in der Ukraine brachte dort nach den Parlamentswahlen Kräfte an die Macht, mit der die russische Führung besser zusammenarbeiten kann.

Die innere Konsolidierung und die Rückgewinnung der hegemonialen Rolle in der GUS schufen das Fundament für außenpolitische Initiativen im globalen Maßstab. Sowohl bei der Feier des 60. Jahrestags des Sieges im 2. Weltkrieg wie beim G8-Gipfel in St. Petersburg stellte sich Russland als Großmacht dar, die mit den USA, Japan und der Europäischen Union auf einer Stufe steht. Diese Festakte waren symbolischer Ausdruck der neuen Rolle, die Russland wahrzunehmen gewillt ist. In einer gewandelten Welt, in der die USA nicht mehr der unumstrittene Hegemon sind, will die russische Führung global Politik mitgestalten. In russischen Augen hat die US-dominierte, unipolare Weltordnung, Albtraum der neunziger Jahre, einer neuen Kräftestruktur Platz gemacht:

„Wir sind“, erklärte Putin auf der Botschafterversammlung im Juni 2006, „an einem Punkt angekommen, an dem faktisch schon – und Sie erkennen das gewiss alle –, faktisch eine Modernisierung der gesamten Architektur globaler Sicherheit stattfindet. Und wenn man es der Trägheit früherer Denkansätze erlaubt, sich zu entwickeln, dann ist die Welt wieder zu fruchtloser Konfrontation verurteilt. Diese gefährliche Tendenz muss man brechen. Und dafür benötigt man neue Ideen und neue Zugänge.“

In russischer Sicht hat sich die Welt seit der verunglückten amerikanischen Intervention im Irak grundlegend verändert. Danach sind die USA offensichtlich nicht in der Lage, große Krisen allein zu lösen. Das Vorgehen der Bush-Administration hat im Gegenteil die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten noch verschärft. Der Europäischen Union wiederum gelingt nach russischer Ansicht nicht, ihr ökonomisches Gewicht in politisches umzusetzen. Gleichzeitig treten mit Indien und China neue Mächte hervor, die ihrerseits eine Rolle im internationalen System beanspruchen.

Im Rahmen dieser neuen, multipolaren, von Krisen geschüttelten Weltordnung sieht Russland für sich die Chance, Politik mitgestalten zu können – und dieses Recht fordert die Putin-Administration nun aktiv ein. Dabei kommt Russland zu Gute, dass sich durch das Auftreten Chinas und Indiens als Energiekonsumenten die Spielregeln auf dem Weltenergiemarkt langfristig ändern: Lieferländer wie Russland sind nun in einer weit stärkeren Position als früher. Angesichts dieses Strukturwandels konzipiert die Putinsche Führung nun ihre außenpolitische Strategie, die unabhängig von Einflüssen anderer Staaten sein will. Das russische Verhalten im Atomkonflikt mit dem Iran, die Einladung von Hamas nach Moskau, das selbstbewusste Auftreten gegenüber den anderen GUS-Staaten steht im Kontext dieser neuen außenpolitischen Doktrin.

Schwach, aber anspruchsvoll

Gewiss ist Russland nach wie vor wirtschaftlich, technologisch und militärisch schwach. Aber die innere Stabilisierung – selbst wenn sie autoritären Charakter trägt – verschafft dem Land eine bessere Ausgangsbasis international aufzutreten. Entscheidend für das selbstbewusste außenpolitische Verhalten ist aber die Wahrnehmung, dass die Welt sich gewandelt hat – und dass die USA keineswegs in der Lage sind, den Welthegeemon zu spielen. Die Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse, das politische und ökonomische Hervortreten von China und Indien, schafft Strukturen, in denen Russland

eine Rolle spielen will.

Dabei ist die erste Priorität die Konsolidierung der eigenen Stellung im „nahen Ausland“, d.h. Einflussnahme auf Entwicklungen in den GUS-Staaten – einschließlich Bereitschaft, mit Georgien oder Moldawa in eine Konfrontation einzutreten. Gleichzeitig steuert man in Bezug auf Europa und Ostasien einen Kurs enger Kooperation. Man strebt Zusammenarbeit an, um die eigenen politischen und Wirtschaftsinteressen zu fördern, geht aber keine endgültige Bindung ein und hält sich Spielräume nach bei-

den Seiten offen. Gegenüber den USA agiert Russland bewusst eigenständig und fordert Partnerschaft auf Augenhöhe.

Gewiss ist vieles von dem, was die russische Führung gegenwärtig unternimmt, immer noch nicht wirklich durch wirtschaftliche, politische oder militärische Macht gestützt. Doch die jetzige russische Führung tut einiges, um ihr Grunddilemma – unzureichende Ressourcen bei hohen Ansprüchen – zu überwinden und sie nützt die gewandelte Weltlage intelligent aus.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt als apl. Professor osteuropäische Geschichte an der Universität Bremen und arbeitet dort an der Forschungsstelle Osteuropa.

Lesetipps

- S.N. MacFarlane: The ‘R’ in BRICs: is Russia an emerging power?, in: International Affairs, 82.2006, Nr. 1, S. 41–57.
- Carol R. Saivetz: Making the Best of a Bad Hand: An Assessment of Current Trends in Russian Foreign Policy, in: Post-Soviet Affairs, 22.2006, Nr. 2, S. 166–188.
- Trenin, Dmitri; Lo, Bobo: The Landscape of Russian Foreign Policy Decision-Making, Moscow: Carnegie 2005 <http://www.carnegie.ru/ru/pubs/books/9211doklad_fin.pdf, 21. Juni 2005>

Programmatische Texte (russisch):

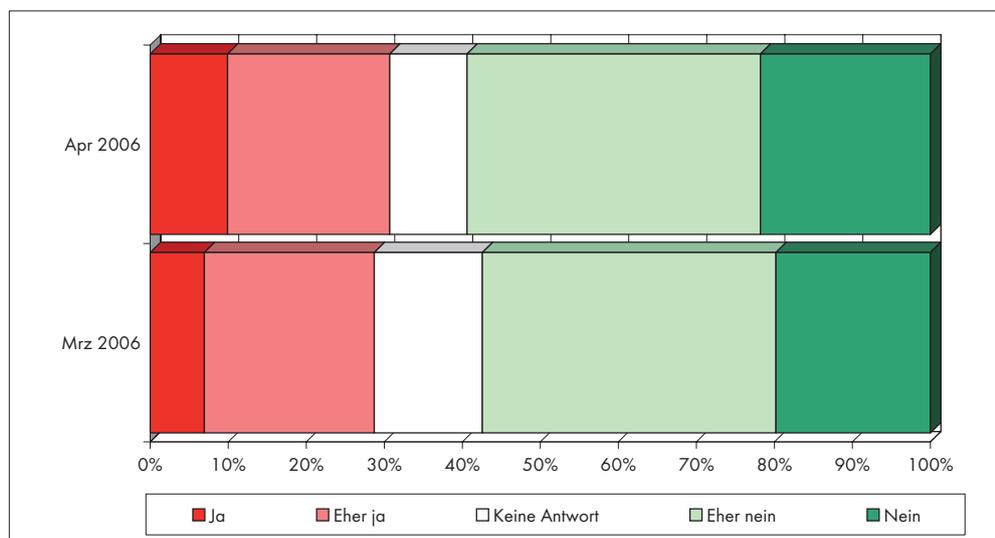
- W. Putin: Wystuplenie na soweschtschani s poslami i postojannymi predstaviteljami Rossijskoj Federazii, Moskwa, Ministerstwo inostrannyh del, 27.6.2006 <<http://president.kremlin.ru/appears/2006/06/27/154-3type63374type63377type63378type82634107802.shtml>, 12.9.2006>
- Stenogramma wystuplenija Ministra inostrannyh del Rossii S.W.Lawrowa v M MO(U) MID Rossii po slutschaju natschala nowogo utschebnogo goda, Moskwa, 1 sentjabrja 2006 goda <<http://www.mid.ru/brp4.nsf/2fee282eb6df40e64325699005e6e8c/a25a36a2bd8f443cc32571dc0045e2b5?OpenDocument>, 12.9.2006>

Umfrage

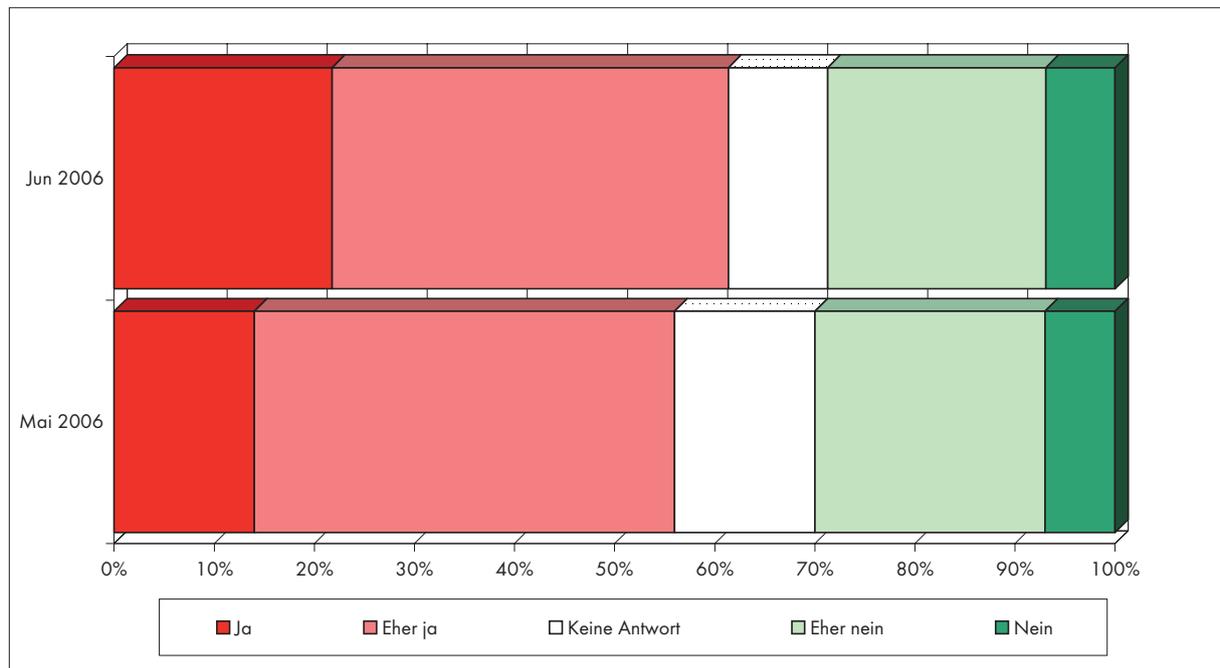
Russische Sicht auf die Welt in den Umfragen des Lewada-Zentrums

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums im Juni und Juli 2006

Haben die NATO-Länder Grund, sich vor Russland zu fürchten?



Hat Russland Grund, sich vor der NATO zu fürchten?



	Haben die NATO-Länder Grund, sich vor Russland zu fürchten?		Hat Russland Grund, sich vor der NATO zu fürchten?	
	März 2006	April 2006	Mai 2006	Juni 2006
Ja	7%	10%	14%	22%
Eher ja	22%	21%	42%	40%
Eher nein	38%	38%	23%	22%
Nein	20%	22%	7%	7%
Keine Antwort	14%	10%	14%	10%

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2006062901.html>

Wie ist Ihre Einstellung ...

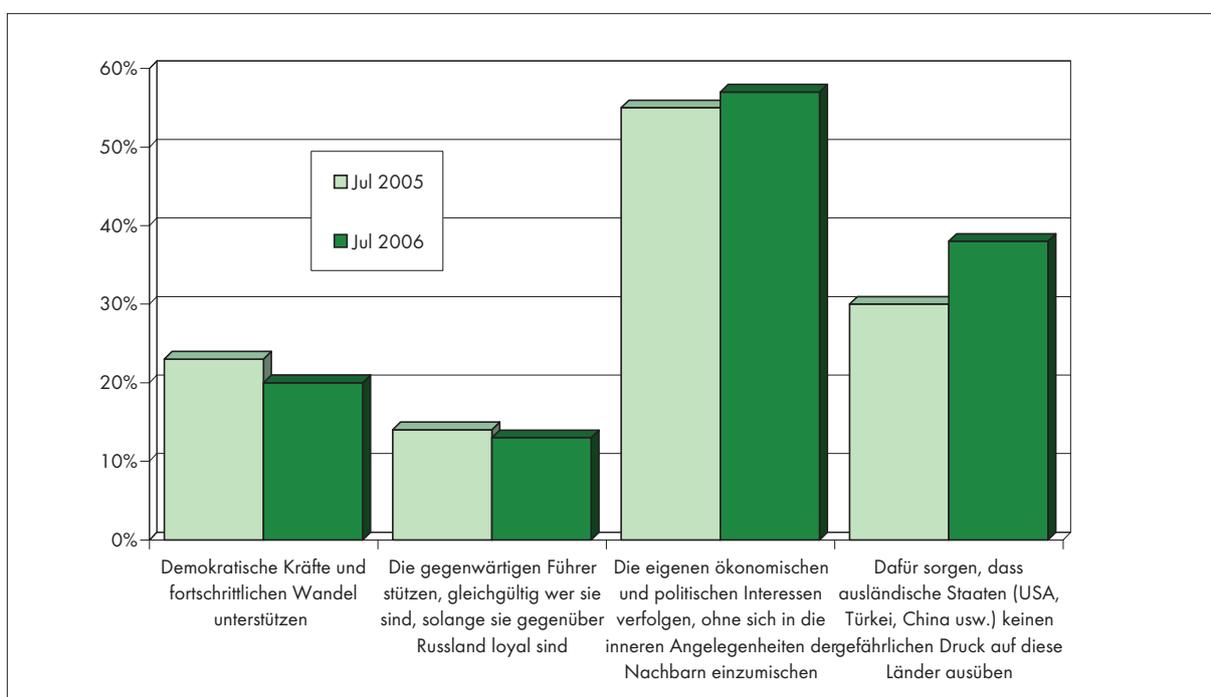
		März 2006	April 2006	Mai 2006	Juni 2006	Juli 2006
... zu den USA?						
	Sehr gut	4%	3%	3%	6%	4%
	Eher gut	46%	50%	42%	48%	50%
	Eher schlecht	27%	30%	33%	32%	27%
	Sehr schlecht	12%	9%	11%	7%	9%
	Keine Antwort	12%	8%	11%	9%	11%
... zur Europäischen Union?						
	Sehr gut	6%	4%	5%	7%	5%
	Eher gut	60%	63%	57%	64%	63%
	Eher schlecht	13%	15%	17%	12%	13%
	Sehr schlecht	4%	3%	2%	3%	3%
	Keine Antwort	19%	15%	18%	15%	16%

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Wie ist Ihre Einstellung ... (Fortsetzung von vorheriger Seite)

		März 2006	April 2006	Mai 2006	Juni 2006	Juli 2006
... zur Ukraine?						
	Sehr gut	5%	5%	5%	5%	5%
	Eher gut	47%	51%	50%	51%	55%
	Eher schlecht	27%	27%	29%	24%	24%
	Sehr schlecht	10%	8%	6%	9%	6%
	Keine Antwort	10%	10%	6%	11%	10%

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2006080102.html>

Welche Politik soll Russland in der GUS betreiben?


(Mehrere Antworten möglich)

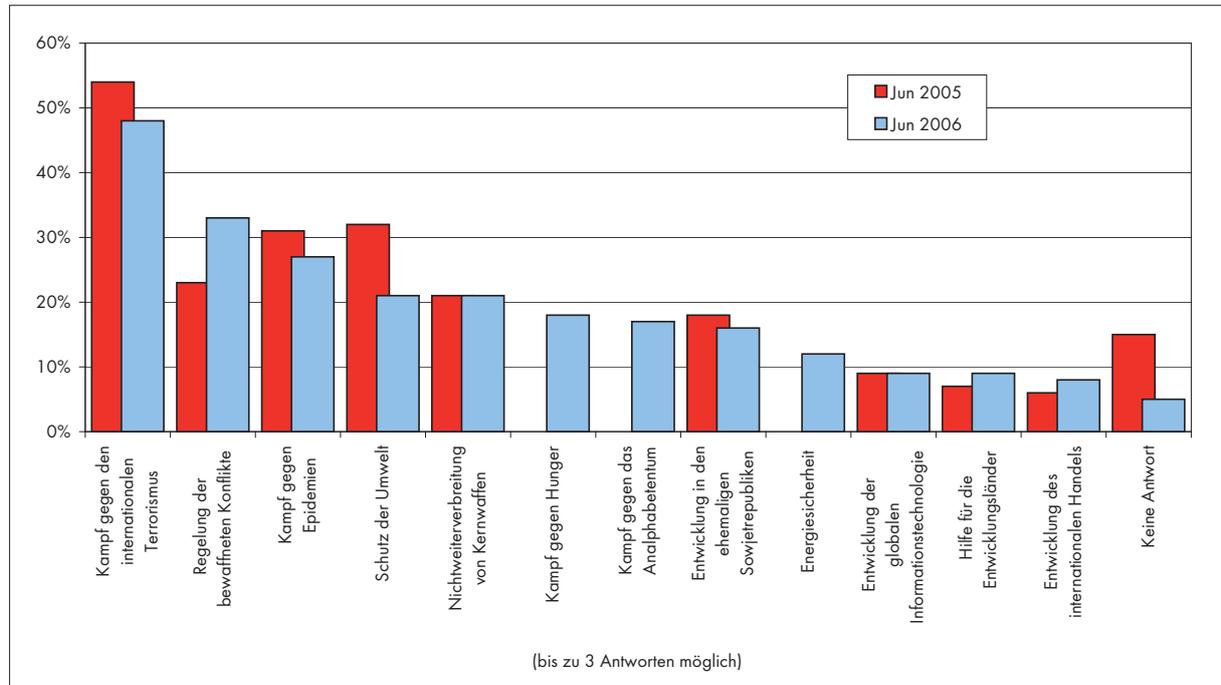
	Juli 2005	Juli 2006
Demokratische Kräfte und fortschrittlichen Wandel unterstützen	23%	20%
Die gegenwärtigen Führer stützen, gleichgültig wer sie sind, solange sie gegenüber Russland loyal sind	14%	13%
Die eigenen ökonomischen und politischen Interessen verfolgen, ohne sich in die inneren Angelegenheiten der Nachbarn einzumischen	55%	57%
Dafür sorgen, dass ausländische Staaten (USA, Türkei, China usw.) keinen gefährlichen Druck auf diese Länder ausüben	30%	38%

Quelle: <http://www.levada.ru./press/2006080102.html>

Der G8-Gipfel in St. Petersburg: Themen und Umgang mit Kritik

Quelle: Umfragen des VCIOM vom 1.-2. Juli 2006 <http://wciom.ru/?pt=53&article=2883>

Auf welche Themen soll sich Russland in der Zeit seines G8-Vorsitzes konzentrieren?

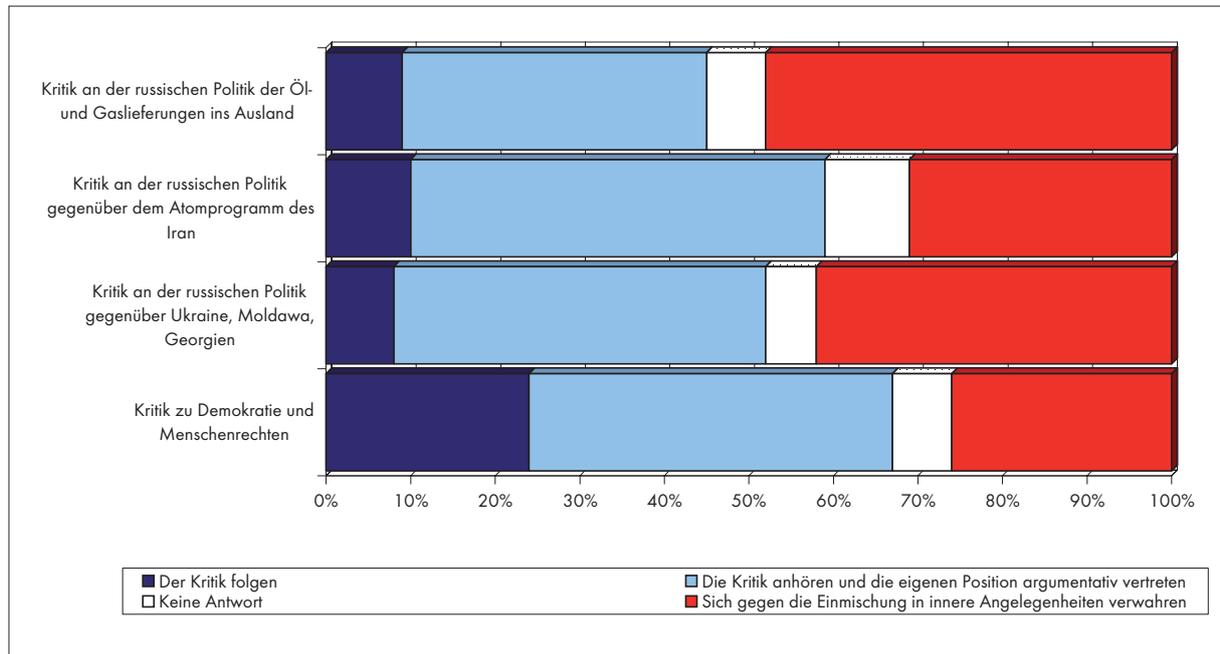


Im Jahre 2006 hat Russland den Vorsitz der G8 inne. Auf welche Themen soll sich Russland in der Zeit seines Vorsitzes konzentrieren? (bis zu 3 Antworten)

	Jun 2005	Jun 2006
Kampf gegen den internationalen Terrorismus	54%	48%
Regelung der bewaffneten Konflikte in der Welt	23%	33%
Kampf gegen Epidemien (Malaria, Tbc, Grippe, Aids usw.)	31%	27%
Schutz der Umwelt	32%	21%
Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen	21%	21%
Lebensmittelsicherheit, Kampf gegen Hunger	–	18%
Verbreitung von Bildung, Kampf gegen das Analphabetentum	–	17%
Entwicklung von Wirtschaft und Demokratie in den ehemaligen Sowjetrepubliken	18%	16%
Energiesicherheit der führenden Staaten in der Welt	–	12%
Entwicklung der globalen Informationstechnologie (Computerisierung, Internet)	9%	9%
Hilfe für die Entwicklungsländer (wirtschaftlich, finanziell, technisch)	7%	9%
Entwicklung des internationalen Handels	6%	8%
Keine Antwort	15%	5%

Quelle: <http://wciom.ru/?pt=53&article=2883>

Wie soll unser Land auf Kritik reagieren?



Einige internationale Organisationen rufen die G8-Länder auf, auf dem Petersburger Gipfel harte Kritik an russischer Politik zu üben. Wie soll unser Land darauf reagieren?

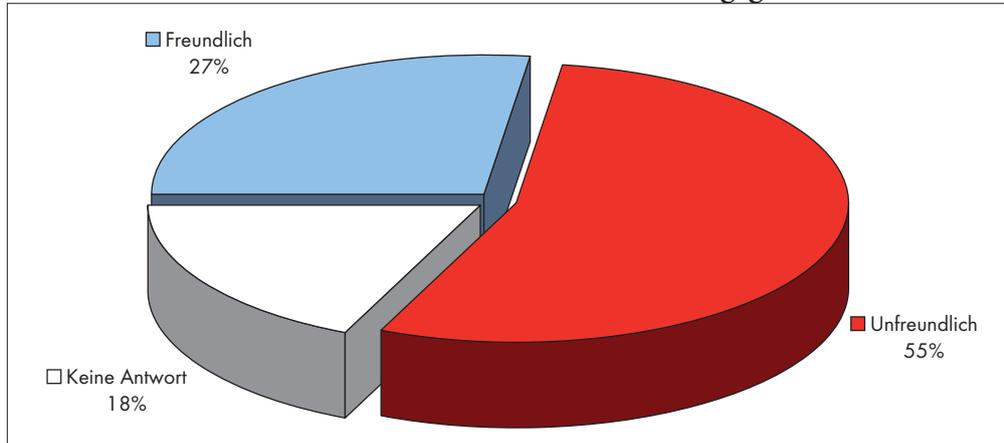
	Der Kritik folgen	Die Kritik anhören und die eigenen Position argumentativ vertreten	Sich gegen die Einmischung in innere Angelegenheiten verwahren	Keine Antwort
Kritik zu Demokratie und Menschenrechten	24%	43%	26%	7%
Kritik an der russischen Politik gegenüber Ukraine, Moldawa, Georgien	8%	44%	42%	6%
Kritik an der russischen Politik gegenüber dem Atomprogramm des Iran	10%	49%	31%	10%
Kritik an der russischen Politik der Öl- und Gaslieferungen ins Ausland	9%	36%	48%	7%

Quelle: <http://wciom.ru/?pt=53&article=2883>

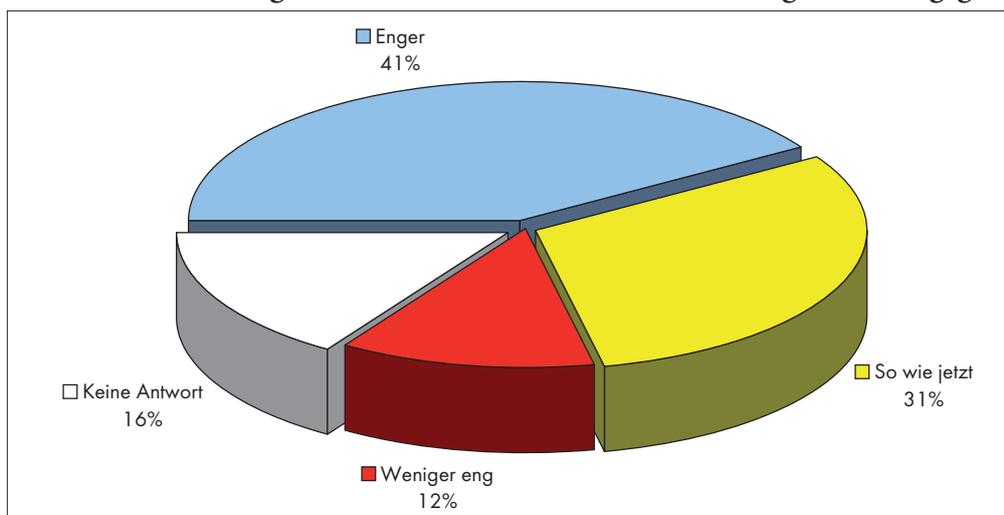
Die USA, der Antiterrorkampf und die Libanonkrise in den Augen der russischen Öffentlichkeit

Quelle: Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 2.-3. September 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0635.zip>

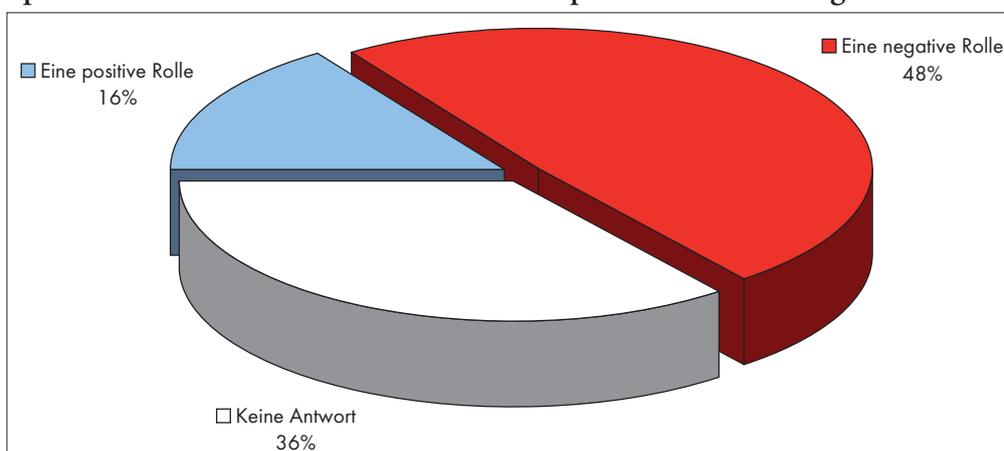
Stehen die USA Russland freundlich oder unfreundlich gegenüber?



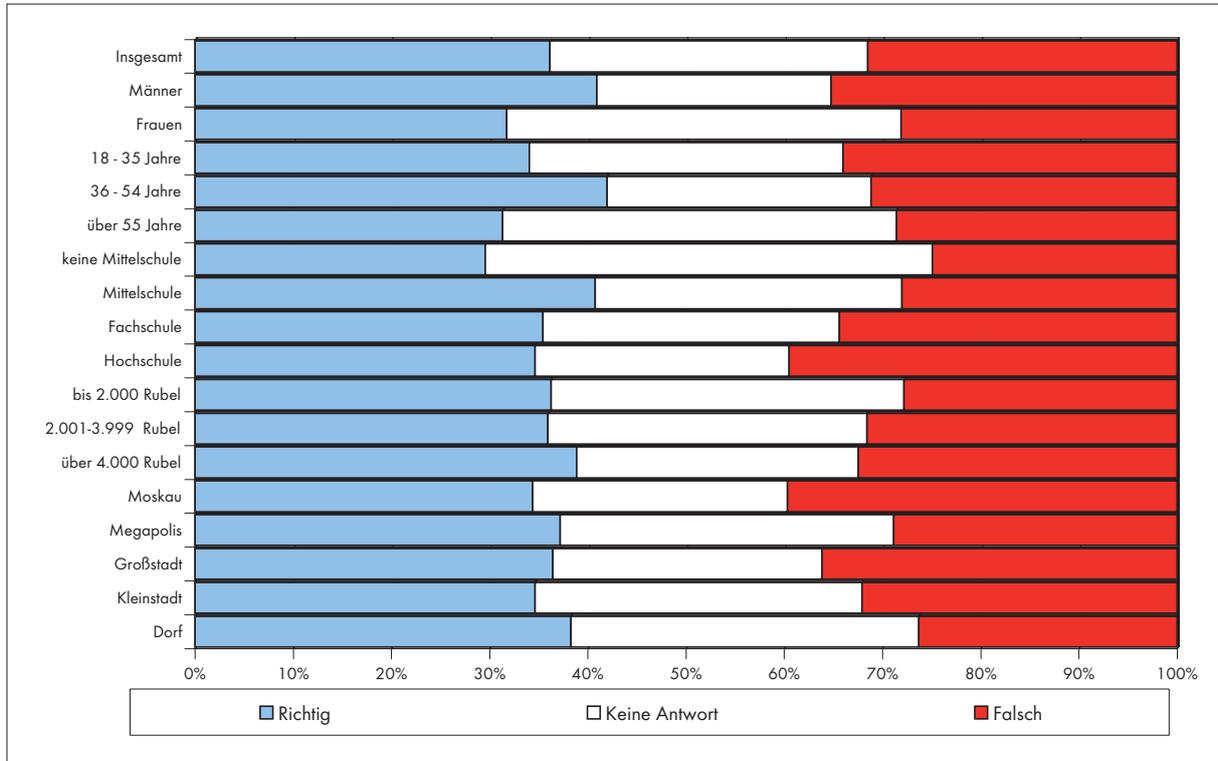
Sollten die Beziehungen zwischen Russland und den USA enger sein als gegenwärtig?



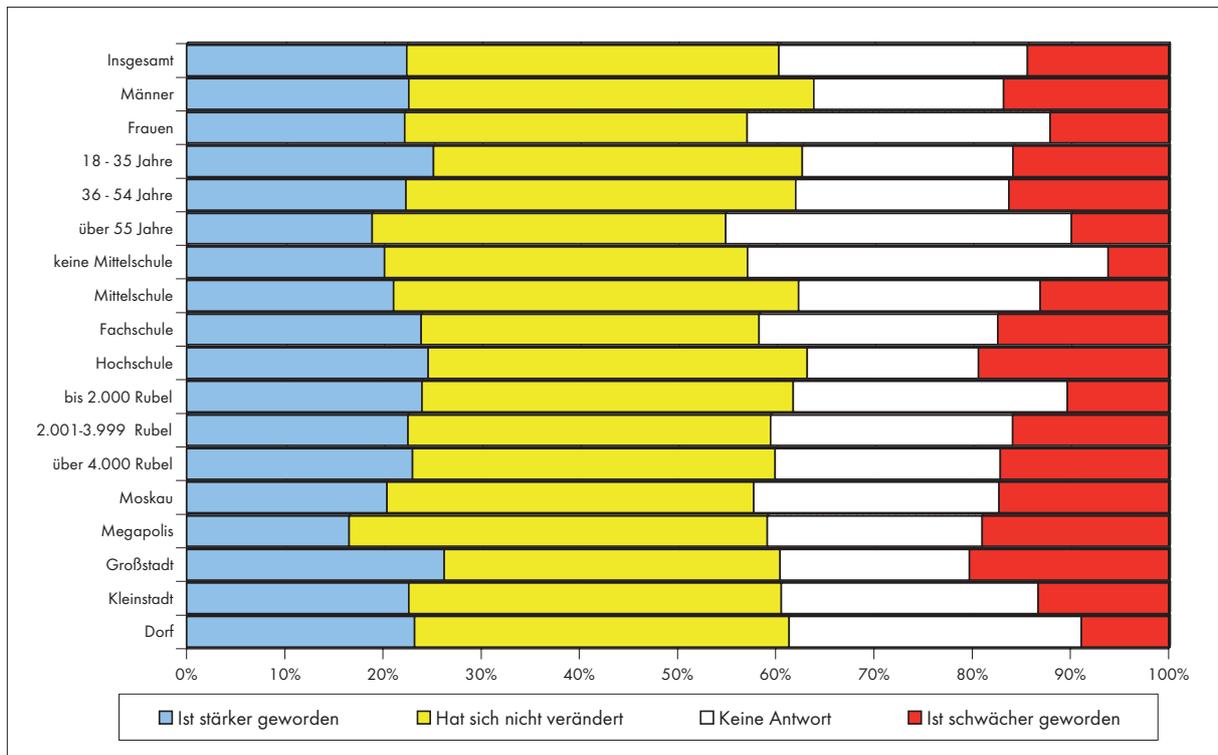
Spielen die USA heute in der Welt eher eine positive oder eine negative Rolle?



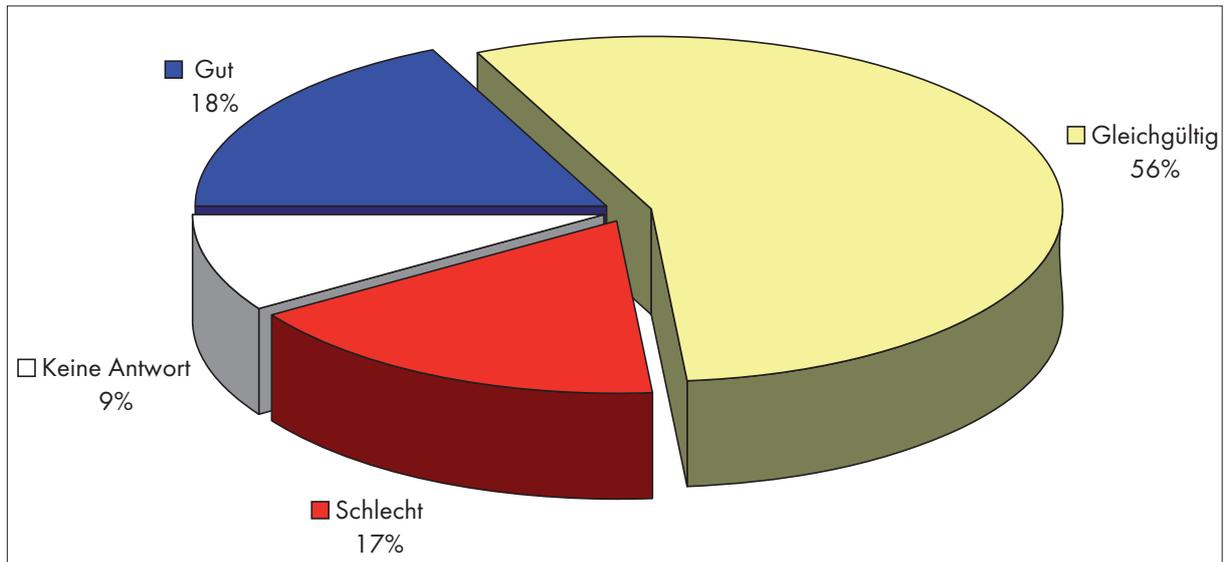
Sind die Aktionen Amerikas im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 richtig oder falsch?



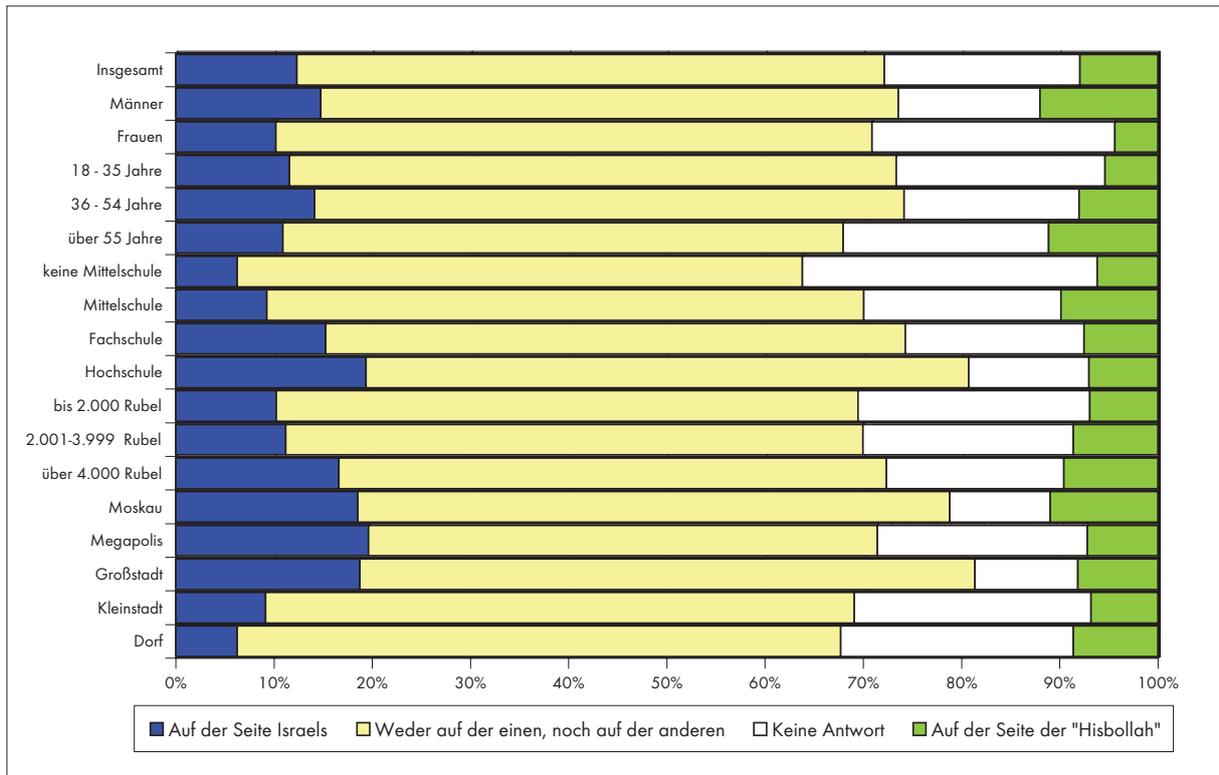
Ist die Position der USA in der Welt in den fünf Jahren nach dem Terrorakt am 11. September 2001 stärker oder schwächer geworden?



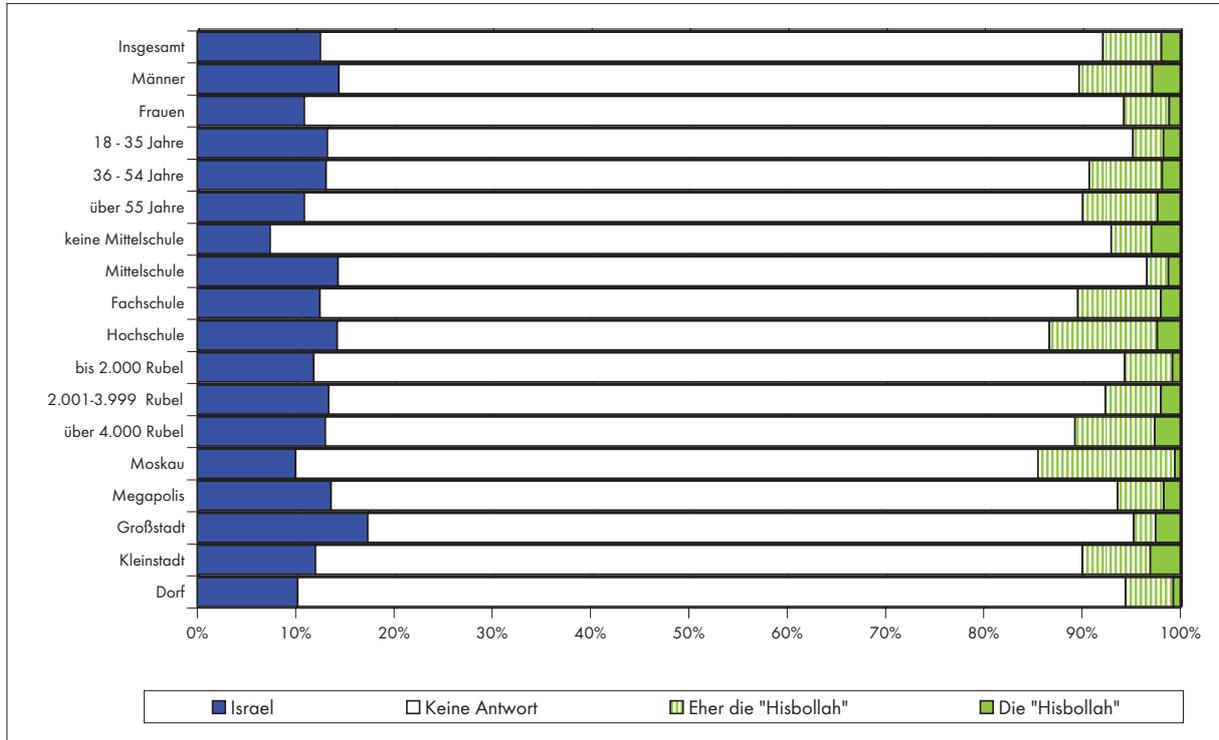
Wie stehen Sie persönlich zu Israel?



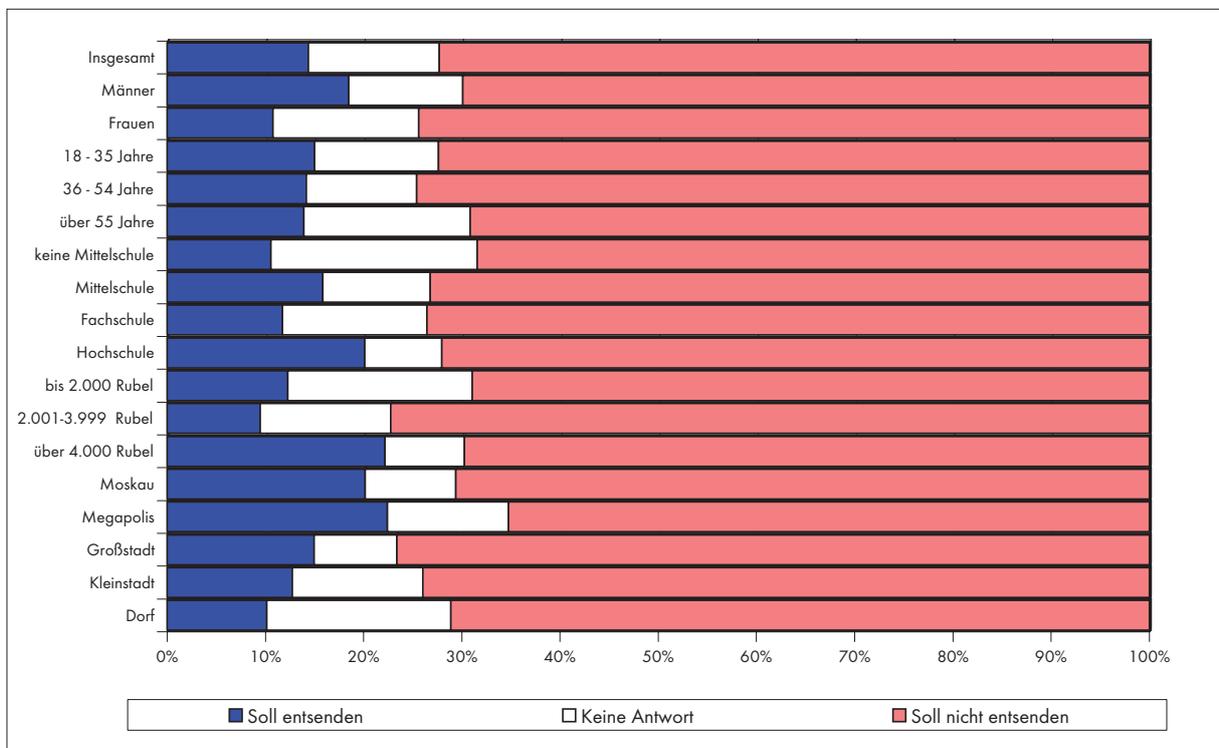
Auf welcher Seite waren Ihre Sympathien in diesem Konflikt?



Wen kann man in diesem Konflikt als Sieger bezeichnen – Israel oder die „Hisbollah“?



Soll Russland im Rahmen des UN-Friedenskontingents Truppen in den Südlibanon entsenden?



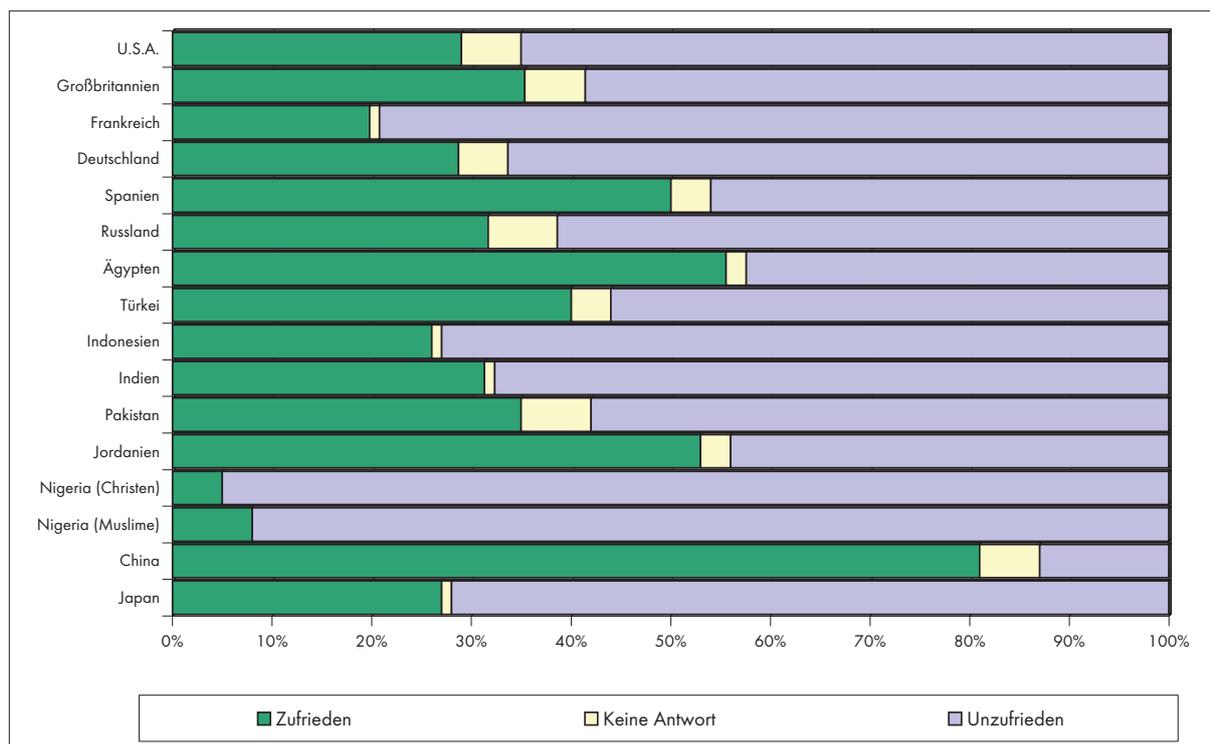
Dokumentation

Politische Einstellungen der Russen im internationalen Vergleich. Eine amerikanische Umfrage

Das Pew Research Center führt seit 2001 im Rahmen des Pew Global Attitudes Project weltweit eine Serie von Umfragen durch, in dem politische Haltungen in fünfzehn Ländern verglichen werden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem U.S. State Department realisiert. Die Daten sind dem aktuellen Report entnommen, der am 13. Juni 2006 freigegeben wurde.

Quelle: America's Image Slips, But Allies Share U.S. Concerns Over Iran, Hamas. No Global Warming Alarm in the U.S., China
<http://pewglobal.org/reports/pdf/252.pdf>, 17. Juni 2006

Frage 1: Sind Sie mit der Situation im eigenen Land zufrieden oder unzufrieden ?



	Zufrieden	Unzufrieden	Keine Antwort
U.S.A.	29%	65%	6%
Großbritannien	35%	58%	6%
Frankreich	20%	80%	1%
Deutschland	29%	67%	5%
Spanien	50%	46%	4%
Russland	32%	62%	7%
Ägypten	55%	42%	2%
Türkei	40%	56%	4%
Indonesien	26%	73%	1%
Indien	31%	67%	1%
Pakistan	35%	58%	7%
Jordanien	53%	44%	3%
Nigeria (Christen)	5%	95%	0%
Nigeria (Muslime)	8%	92%	0%
China	81%	13%	6%
Japan	27%	72%	1%

Frage 2: Haben Sie eine positive oder eine negative Ansicht ...

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Keine Antwort
a. Über die U.S.A.					
U.S.A.	49%	28%	10%	7%	5%
Frankreich	2%	37%	43%	17%	1%
Deutschland	2%	35%	46%	14%	3%
Spanien	4%	19%	37%	36%	5%
Russland	9%	34%	28%	19%	10%
Ägypten	5%	25%	33%	36%	1%
Türkei	2%	10%	9%	67%	12%
Indonesien	7%	23%	42%	25%	4%
Indien	18%	38%	14%	14%	16%
Pakistan	7%	20%	14%	42%	17%
Jordanien	6%	9%	30%	55%	0%
Nigeria (Christen)	55%	34%	5%	3%	4%
Nigeria (Muslime)	11%	21%	36%	31%	1%
China	9%	38%	37%	6%	10%
Japan	8%	55%	29%	6%	3%
b. Über die Amerikaner					
U.S.A.	53%	32%	6%	3%	7%
Großbritannien	20%	49%	16%	5%	10%
Frankreich	5%	60%	27%	8%	0%
Deutschland	5%	61%	22%	4%	8%
Spanien	4%	33%	33%	18%	11%
Russland	11%	46%	23%	11%	10%
Ägypten	8%	28%	30%	33%	1%
Türkei	2%	15%	14%	55%	14%
Indonesien	6%	30%	42%	18%	5%
Indien	23%	44%	14%	12%	7%
Pakistan	5%	22%	18%	34%	20%
Jordanien	2%	36%	31%	30%	1%
Nigeria (Christen)	45%	41%	5%	4%	6%
Nigeria (Muslime)	9%	14%	39%	36%	3%
China	6%	43%	34%	5%	12%
Japan	16%	66%	13%	3%	2%
d. Über Deutschland					
U.S.A.	20%	46%	9%	4%	21%
Großbritannien	20%	54%	9%	3%	14%
Frankreich	20%	69%	8%	3%	0%
Deutschland	12%	53%	25%	8%	2%
Spanien	58%	14%	11%	4%	13%
Russland	22%	55%	10%	4%	9%

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Frage 2: Haben Sie eine positive oder eine negative Ansicht ... (Fortsetzung)

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Keine Antwort
Ägypten	27%	35%	15%	18%	5%
Türkei	8%	35%	13%	28%	15%
Indonesien	8%	48%	22%	5%	17%
Indien	11%	36%	19%	13%	21%
Pakistan	8%	23%	11%	10%	48%
Nigeria (Christen)	26%	42%	11%	6%	15%
Nigeria (Muslime)	9%	39%	31%	14%	7%
China	8%	46%	23%	3%	20%
Japan	13%	65%	17%	1%	5%
k. Über die UNO					
U.S.A.	15%	36%	19%	19%	11%
Großbritannien	16%	49%	15%	8%	11%
Großbritannien (Muslime)	9%	29%	20%	27%	16%
Frankreich	10%	62%	20%	8%	0%
Deutschland	13%	55%	21%	4%	7%
Spanien	11%	49%	22%	8%	10%
Russland	11%	38%	20%	9%	22%
Ägypten	11%	38%	27%	24%	0%
Türkei	5%	24%	19%	32%	20%
Indonesien	30%	48%	16%	2%	4%
Indien	9%	30%	16%	19%	26%
Pakistan	18%	24%	11%	11%	36%
Jordanien	6%	24%	33%	36%	1%
Nigeria (Christen)	33%	49%	6%	4%	8%
Nigeria (Muslime)	14%	39%	34%	10%	4%
China	8%	45%	22%	3%	22%
Japan	8%	48%	31%	5%	7%

Frage 40: Wieviel Vertrauen haben Sie zu

	Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Wenig Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
b. Zum amerikanischen Präsidenten George W. Bush					
U.S.A.	22%	28%	19%	29%	2%
Großbritannien	4%	26%	26%	42%	2%
Frankreich	2%	13%	23%	62%	0%
Deutschland	3%	22%	26%	46%	2%
Spanien	2%	5%	19%	71%	3%
Russland	5%	16%	33%	32%	14%
Ägypten	1%	7%	21%	70%	1%
Türkei	0%	3%	4%	80%	14%

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Frage 40: Wieviel Vertrauen haben Sie zu (Fortsetzung)

	Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Wenig Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
Indonesien	4%	16%	35%	39%	6%
Indien	14%	42%	16%	19%	9%
Pakistan	1%	9%	11%	54%	27%
Jordanien	0%	7%	29%	64%	0%
Nigeria (Christen)	45%	37%	9%	4%	6%
Nigeria (Muslime)	6%	13%	36%	43%	2%
China	6%	28%	29%	8%	29%
Japan	5%	27%	43%	25%	1%
e. Zum russischen Präsidenten Wladimir Putin					
U.S.A.	3%	30%	26%	19%	22%
Großbritannien	3%	30%	27%	24%	16%
Frankreich	2%	22%	34%	43%	1%
Deutschland	5%	45%	29%	17%	4%
Spanien	1%	9%	31%	46%	13%
Russland	27%	48%	13%	4%	8%
Ägypten	1%	18%	47%	25%	9%
Türkei	1%	8%	6%	62%	22%
Indonesien	2%	19%	29%	11%	38%
Indien	11%	25%	14%	14%	36%
Pakistan	1%	6%	11%	31%	51%
Jordanien	2%	12%	45%	33%	8%
Nigeria (Christen)	6%	23%	23%	12%	36%
Nigeria (Muslime)	3%	21%	34%	21%	21%
China	13%	37%	16%	2%	32%
Japan	2%	38%	44%	11%	5%
f. Zur deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel					
U.S.A.	5%	33%	14%	11%	39%
Großbritannien	6%	45%	15%	11%	23%
Frankreich	12%	68%	12%	7%	1%
Deutschland	34%	43%	13%	9%	1%
Spanien	5%	32%	19%	19%	25%
Russland	9%	31%	18%	5%	37%
Türkei	1%	10%	6%	58%	25%
g. Zum iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad					
Großbritannien	2%	14%	21%	39%	24%
Frankreich	0%	11%	28%	57%	4%
Deutschland	0%	11%	18%	60%	10%
Spanien	1%	3%	16%	53%	27%
Russland	3%	12%	26%	18%	42%

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Frage 40: Wieviel Vertrauen haben Sie zu (Fortsetzung)

	Viel Vertrauen	Etwas Vertrauen	Wenig Vertrauen	Kein Vertrauen	Keine Antwort
Ägypten	5%	21%	42%	25%	7%
Türkei	6%	19%	8%	41%	26%
Indonesien	9%	39%	19%	4%	29%
Pakistan	15%	17%	8%	17%	44%
Jordanien	4%	18%	43%	27%	9%
Nigeria (Christen)	2%	11%	20%	34%	33%
Nigeria (Muslime)	25%	44%	13%	7%	11%

Frage 41: Wie groß ist die Bedrohung...

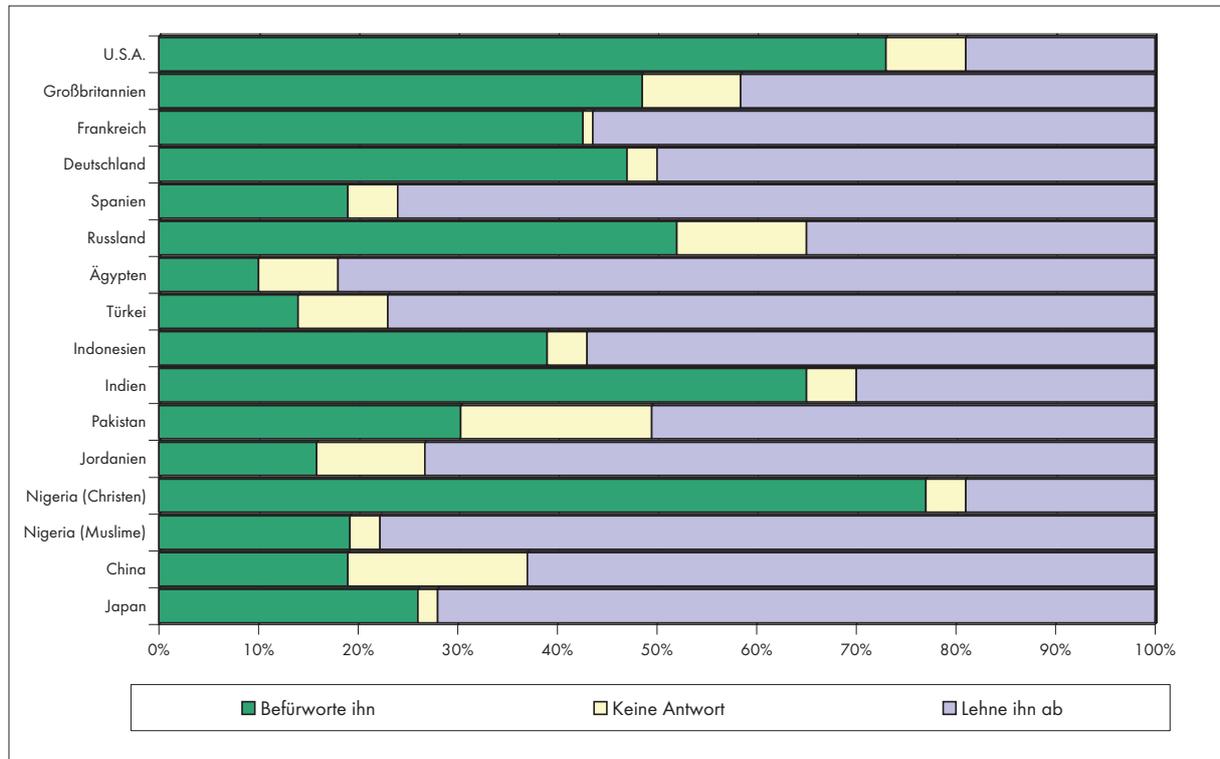
	Eine große Bedrohung	Eine mäßige Bedrohung	Eine kleine Bedrohung	Keine Bedrohung	Keine Antwort
a. der Stabilität in Asien durch die gegenwärtige Regierung in Nordkorea?					
U.S.A.	34%	36%	12%	5%	13%
Großbritannien	19%	38%	15%	2%	26%
Frankreich	16%	39%	35%	5%	4%
Deutschland	23%	40%	19%	3%	16%
Spanien	21%	24%	12%	10%	33%
Russland	10%	25%	21%	19%	26%
Ägypten	14%	21%	27%	26%	12%
Türkei	6%	14%	19%	20%	41%
Indonesien	4%	27%	26%	27%	17%
Indien	6%	21%	18%	17%	38%
Pakistan	8%	10%	7%	19%	56%
Jordanien	18%	24%	34%	21%	3%
Nigeria (Christen)	15%	19%	18%	9%	39%
Nigeria (Muslime)	6%	16%	30%	23%	25%
China	11%	36%	16%	7%	31%
Japan	46%	28%	14%	9%	3%
b. ... der Stabilität im Mittleren Osten durch die gegenwärtige Regierung im Iran?					
U.S.A.	46%	34%	8%	3%	9%
Großbritannien	34%	36%	13%	3%	14%
Frankreich	31%	47%	18%	3%	1%
Deutschland	51%	34%	8%	2%	5%
Spanien	38%	26%	12%	6%	18%
Russland	20%	32%	18%	8%	22%
Ägypten	14%	20%	36%	25%	4%
Türkei	16%	19%	16%	22%	27%
Indonesien	7%	29%	23%	29%	13%
Indien	8%	21%	20%	15%	36%
Pakistan	4%	12%	10%	27%	47%

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Frage 41: Wie groß ist die Bedrohung... (Fortsetzung)

	Eine große Bedrohung	Eine mäßige Bedrohung	Eine kleine Bedrohung	Keine Bedrohung	Keine Antwort
Jordanien	19%	25%	33%	23%	1%
Nigeria (Christen)	20%	23%	19%	7%	32%
Nigeria (Muslime)	9%	23%	26%	29%	13%
China	22%	28%	15%	3%	33%
Japan	29%	41%	22%	4%	5%
c. ... der Stabilität im Mittleren Osten durch die amerikanische Präsenz im Irak					
U.S.A.	31%	39%	14%	9%	7%
Großbritannien	41%	40%	11%	3%	5%
Frankreich	36%	48%	14%	2%	0%
Deutschland	40%	42%	13%	3%	2%
Spanien	56%	22%	7%	4%	11%
Russland	45%	27%	11%	3%	15%
Ägypten	56%	32%	9%	3%	1%
Türkei	60%	12%	4%	4%	20%
Indonesien	31%	46%	12%	5%	6%
Indien	15%	22%	17%	14%	32%
Pakistan	28%	11%	9%	8%	45%
Jordanien	58%	36%	5%	1%	0%
Nigeria (Christen)	15%	25%	24%	16%	20%
Nigeria (Muslime)	37%	29%	22%	5%	7%
China	31%	25%	9%	4%	31%
Japan	29%	40%	21%	6%	4%
d. ... der Stabilität im Mittleren Osten durch den palästinensisch-israelischen Konflikt?					
U.S.A.	43%	36%	8%	3%	10%
Großbritannien	45%	35%	10%	1%	9%
Frankreich	35%	51%	12%	2%	0%
Deutschland	51%	38%	7%	1%	4%
Spanien	52%	26%	7%	2%	14%
Russland	41%	28%	9%	5%	17%
Ägypten	68%	25%	5%	2%	1%
Türkei	42%	26%	7%	4%	21%
Indonesien	33%	44%	12%	5%	6%
Indien	13%	18%	17%	14%	38%
Pakistan	22%	15%	9%	8%	46%
Jordanien	67%	28%	5%	1%	0%
Nigeria (Christen)	22%	28%	16%	9%	25%
Nigeria (Muslime)	33%	26%	26%	5%	10%
China	27%	27%	9%	3%	34%
Japan	40%	37%	14%	3%	6%

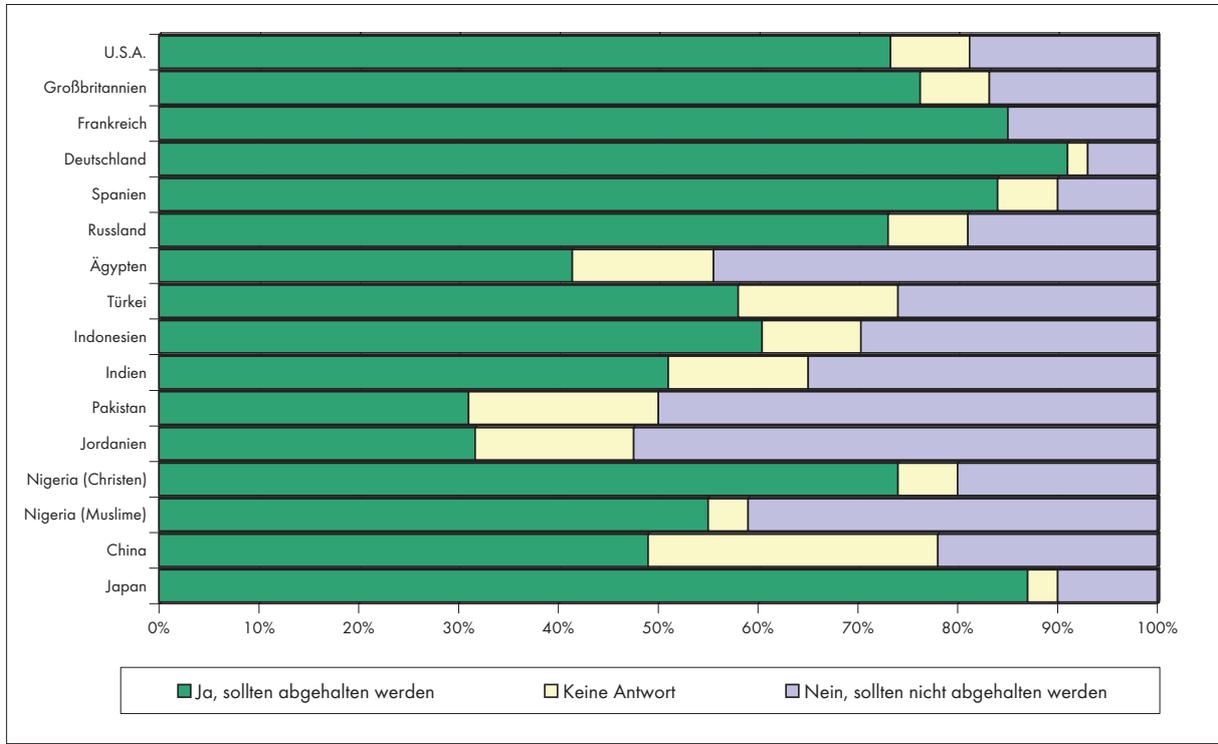
Frage 3: Wie stehen Sie zu den „U.S.-geführten Anstrengungen, den Terrorismus zu bekämpfen“?



Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Position am ehesten: „Ich befürworte die U.S.-geführten Anstrengungen, den Terrorismus zu bekämpfen“ oder „Ich lehne die U.S.-geführten Anstrengungen, den Terrorismus zu bekämpfen, ab“

	Befürworte ihn	Lehne ihn ab	Keine Antwort
U.S.A.	73%	19%	8%
Großbritannien	49%	42%	10%
Frankreich	43%	57%	1%
Deutschland	47%	50%	3%
Spanien	19%	76%	5%
Russland	52%	35%	13%
Ägypten	10%	82%	8%
Türkei	14%	77%	9%
Indonesien	39%	57%	4%
Indien	65%	30%	5%
Pakistan	30%	50%	19%
Jordanien	16%	74%	11%
Nigeria (Christen)	77%	19%	4%
Nigeria (Muslime)	19%	77%	3%
China	19%	63%	18%
Japan	26%	72%	2%

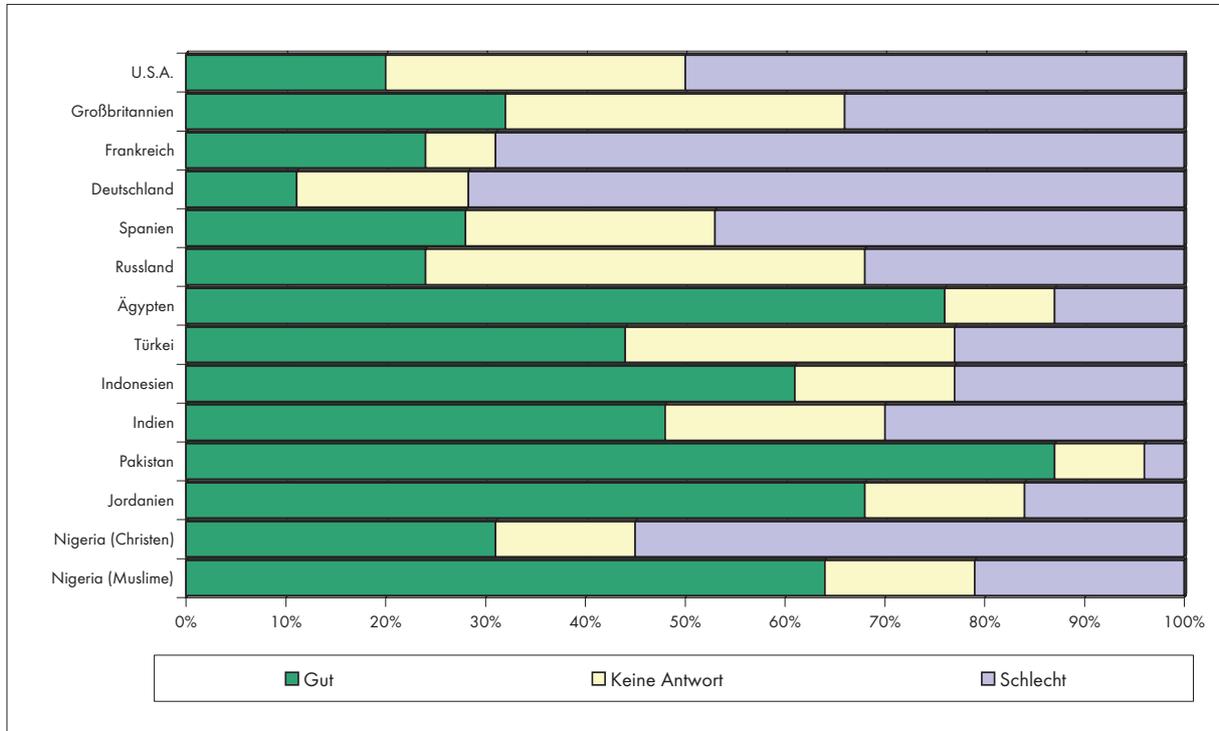
Frage 49: Sollten Staaten, die keine Atomwaffen haben, davon abgehalten werden, solche zu entwickeln?



Sollten Staaten, die keine Atomwaffen haben, davon abgehalten werden, solche zu entwickeln?

	Ja, sollten abgehalten werden	Nein, sollten nicht abgehalten werden	Keine Antwort
U.S.A.	74%	19%	8%
Großbritannien	77%	17%	7%
Frankreich	85%	15%	0%
Deutschland	91%	7%	2%
Spanien	84%	10%	6%
Russland	73%	19%	8%
Ägypten	41%	44%	14%
Türkei	58%	26%	16%
Indonesien	61%	30%	10%
Indien	51%	35%	14%
Pakistan	31%	50%	19%
Jordanien	32%	53%	16%
Nigeria (Christen)	74%	20%	6%
Nigeria (Muslime)	55%	41%	4%
China	49%	22%	29%
Japan	87%	10%	3%

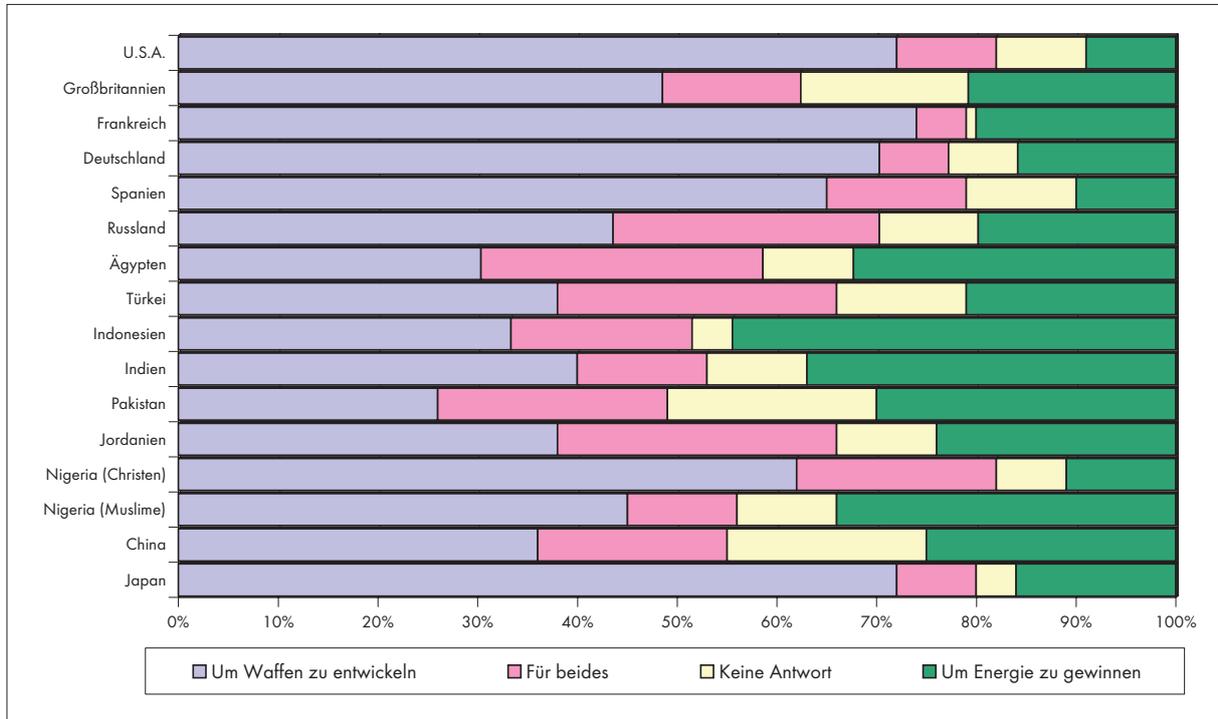
Frage 47: Ist es gut oder schlecht für das palästinensische Volk, dass Hamas die Wahlen im Januar gewonnen hat?



Ist es Ihrer Meinung nach gut oder schlecht für das palästinensische Volk, dass Hamas die Wahlen im Januar gewonnen hat?

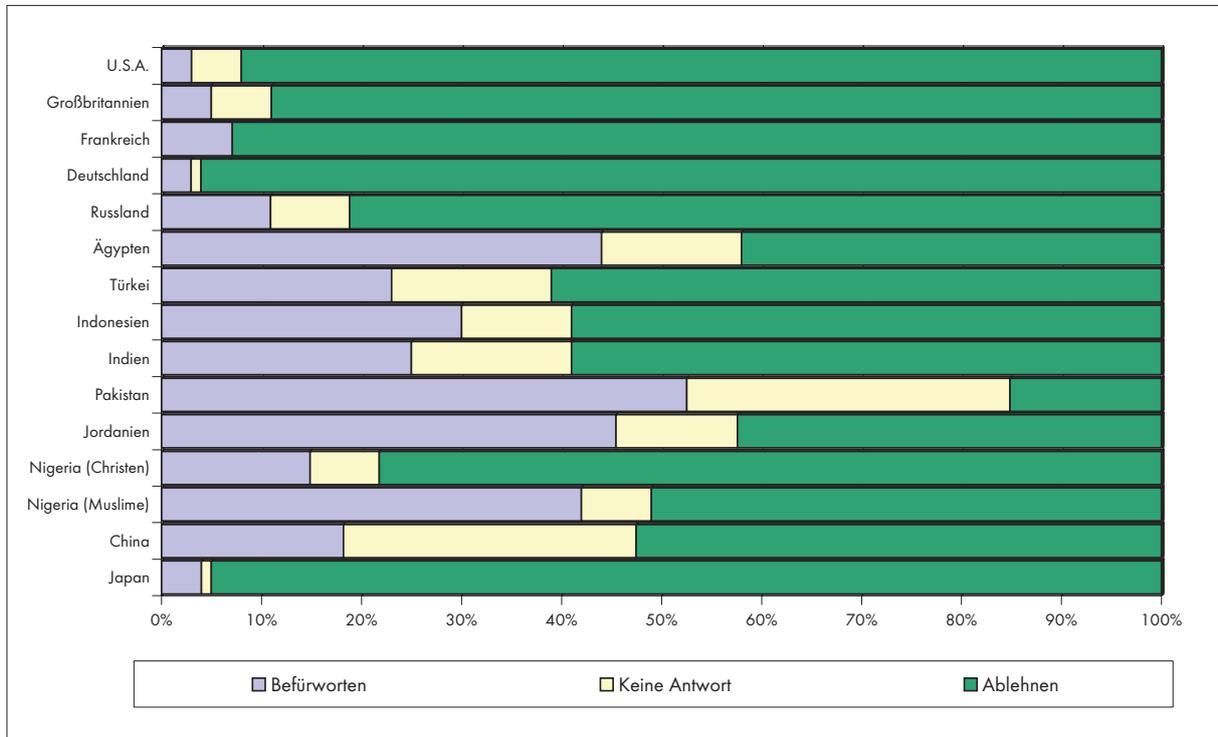
	Gut	Schlecht	Keine Antwort
U.S.A.	20%	50%	30%
Großbritannien	32%	34%	34%
Frankreich	24%	69%	7%
Deutschland	11%	71%	17%
Spanien	28%	47%	25%
Russland	24%	32%	44%
Ägypten	76%	13%	11%
Türkei	44%	23%	33%
Indonesien	61%	23%	16%
Indien	48%	30%	22%
Pakistan	87%	4%	9%
Jordanien	68%	16%	16%
Nigeria (Christen)	31%	55%	14%
Nigeria (Muslime)	64%	21%	15%

Frage 50: Warum will der Iran ein Nuklearprogramm haben?



Warum will der Iran ein Nuklearprogramm haben?

	Um Waffen zu entwickeln	Um Energie zu gewinnen	Für beides	Keine Antwort
U.S.A.	72%	9%	10%	9%
Großbritannien	49%	21%	14%	17%
Frankreich	74%	20%	5%	1%
Deutschland	71%	16%	7%	7%
Spanien	65%	10%	14%	11%
Russland	44%	20%	27%	10%
Ägypten	30%	32%	28%	9%
Türkei	38%	21%	28%	13%
Indonesien	33%	44%	18%	4%
Indien	40%	37%	13%	10%
Pakistan	26%	30%	23%	21%
Jordanien	38%	24%	28%	10%
Nigeria (Christen)	62%	11%	20%	7%
Nigeria (Muslime)	45%	34%	11%	10%
China	36%	25%	19%	20%
Japan	72%	16%	8%	4%

Frage 51: Würden Sie den Erwerb nuklearer Waffen durch den Iran befürworten oder ablehnen?

Würden Sie den Erwerb nuklearer Waffen durch den Iran befürworten oder ablehnen?

	Befürworten	Ablehnen	Keine Antwort
U.S.A.	3%	92%	5%
Großbritannien	5%	89%	6%
Frankreich	7%	92%	0%
Deutschland	3%	97%	1%
Russland	11%	82%	8%
Ägypten	44%	42%	14%
Türkei	23%	61%	16%
Indonesien	30%	59%	11%
Indien	25%	59%	16%
Pakistan	52%	15%	32%
Jordanien	45%	42%	12%
Nigeria (Christen)	15%	79%	7%
Nigeria (Muslime)	42%	51%	7%
China	18%	52%	29%
Japan	4%	95%	1%

Chronik

Vom 7. bis 14. September 2006

7.9.2006	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass die gemeinsamen Antiterrorismusübungen, an denen Truppen Russlands und der NATO teilnehmen sollten, auf nächstes Jahr verschoben wurden.
7.9.2006	In einem Goldbergwerk in Tschita (Ostsibirien) bricht bei Schweißarbeiten ein Brand aus. 33 Bergleute werden vom Feuer eingeschlossen. Rettungsmannschaften können nur acht befreien, die übrigen 25 finden den Tod.
7.9.2006	Nach einem Besuch des tschetschenischen Ministerpräsidenten Ramsan Kadyrow bei Murat Sjasikow greifen Angehörige von Kadyrows Leibwache inguschische Sicherheitskräfte an, die den Konvoi zu kontrollieren versuchen. Ein inguschischer Polizist wird dabei verletzt.
7.9.2006	Die Regierung legt einen Gesetzesentwurf vor, der der Russischen Akademie der Wissenschaften ihren Autonomie-Status nimmt. Sie soll danach in „Staatliche Akademie der Wissenschaften“ umbenannt werden.
9.9.2006	Arkadij Wolskij, langjähriger Vorsitzender des russischen Unternehmerverbandes, stirbt nach schwerer Krankheit im Alter von 74 Jahren.
10.9.2006	Begleitet von Patriarch Aleksij II. und zahlreichen hohen Regierungsbeamten besucht Putin Kaliningrad.
10.9.2006	Die EADS teilt offiziell mit, dass die Wneschtorgbank, die staatliche russische Außenhandelsbank, 5,02% der Anteile von EADS erworben hat.
11.9.2006	Beim Absturz eines Hubschrauber Mi-8 in der Nähe von Wladikawkas werden 12 hochrangige Offiziere des Nordkaukasischen Wehrbezirks getötet, darunter der Befehlshaber der Rückwärtigen Dienste. Vier Personen werden verletzt.
11.9.2006	Verteidigungsminister Sergej Iwanow kündigt an, dass Russland im Rahmen eines UN-Mandats Truppen in den Libanon entsenden wird. Es wird sich dabei voraussichtlich um Pioniere für ein „Wiederaufbaubataillon“ handeln.
12.9.2006	Die Popsängerin Madonna tritt mit ihrer Show im Moskauer Lushniki-Stadion auf.
12.9.2006	Es wird bekannt, dass Andrej Patruschew, der Sohn des Leiters des Inlandsgeheimdienstes FSB, zum Berater des Aufsichtsratsvorsitzenden des Mineralölkonzerns Rosneft, Igor Setschin, ernannt worden ist. Andrej Patruschew ist 25 Jahre alt und gehört dem FSB an.
12.9.2006	Es wird bekannt gegeben, dass der staatliche Rüstungskonzern Rosobroneksport 41% der Aktien des Titanherstellers VSMPO erworben hat.
13.9.2006	Andrej Koslow, der Leiter der Bankenaufsicht und Stellvertretender Direktor der Zentralbank, wird von Unbekannten niedergeschossen und so schwer verletzt, dass er am folgenden Tag stirbt.
13.9.2006	An einem Kontrollpunkt an der tschetschenisch-inguschischen Grenze kommt es zu einer Schießerei zwischen den Sicherheitskräften beider Republiken. Vier Personen werden getötet, 15 verwundet.
14.9.2006	Die US-Küstenwache und die Verwaltung Nord-Ost des Küstenschutzes des russischen FSB unterzeichnen ein Abkommen, das die Kooperation beider Dienste vorsieht.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de